

Niederschrift

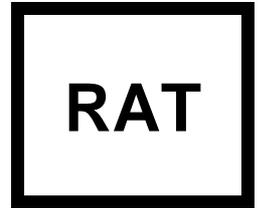
über die Sitzung des Rates
Sitzungskennziffer: XVI / 23
Tag der Sitzung: Dienstag, 26.06.2012

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 18.00 Uhr bis 20.10 Uhr
Unterbrechungen: Keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler

Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Rat der Stadt beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen: Ratsherr Edmund Offermann, SPD
Ratsfrau Hilde Steg, SDP
Ratsherr Sebastian Wosch, CDU
Ratsherr Axel Conrads, FDP

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Sitzung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht ergangen sowie die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

d) Beschlussfassung über die Tagesordnung

BM Gatzweiler setzt TOP A)

2. Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:

b) Umbesetzung im Integrationsrat

von der Tagesordnung ab, da hierzu keine Beschlussfassung durch Hauptausschuss und Rat erforderlich sei. Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:
 - a) Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Stolberg;
hier: Umbesetzung im Seniorenbeirat
 - b) Umbesetzung im Integrationsrat
Abgesetzt.
3. Kinder- und Jugendhilfeplan 2012;
hier: Frühe Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Stolberg
4. Neue integrative Kindertagesstätte Am Obersteinfeld;
hier: Abschluss eines Kostenübernahmevertrages mit Caritas-Lebenswelten GmbH
5. Kinderbildungsgesetz - KiBiz;
hier: Auswirkungen Personalbudget in kommunalen Tagesstätten für Kinder für das Kita-Jahr 2012 / 2013
6. Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen
7. Entgeltordnung für die Nutzung von städt. Sportanlagen, Mehrzweckhallen, Schulaulen, Schulhöfen und des Theatersaals im Kulturzentrum Frankental
8. Schulentwicklungsplanung;
hier: Errichtung einer Sekundarschule und Auflösung der Ganztags Hauptschule Kogelshäuserstraße zum Schuljahr 2013 / 2014
9. Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) und 85. Änderung des Flächennutzungsplanes;
hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden gem. § 4 BauGB
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB
10. Bebauungsplan Nr. 162 "KiTa Josefstraße / Erikaweg";
hier: Aufstellungsbeschluss und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
11. Offizieller Namenszusatz "Kupferstadt"
12. Änderung des Geschäftsverteilungsplanes
13. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln;
hier: Auftragsvergabe zur Prüfung der Optionen zur zukünftigen Ausrichtung des Technischen Betriebsamtes der Stadt Stolberg

14. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln;
hier: Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg zum 01.01.2009
15. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.36.03.14 "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5331000 Soziale Leistungen nat. Personen außerhalb von Einrichtungen
16. Anpassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Stolberg
17. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2012
18. Haushaltssanierungsplan der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021
19. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln
hier: Abschluss eines Dienstleistungsauftrages im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2009
20. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH;
hier: Umlaufbeschluss
 2. Gebäudeunterhalt Feuerwehrhauptwache
 3. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln
hier: Abschluss eines Dienstleistungsauftrages im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2009
 4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Bürgermeister Gatzweiler die zahlreich erschienen Hundehalter und erteilt deren Sprecherin, Frau Möbes, das Wort.

Diese bedankt sich in ihrer Eigenschaft als Sprecherin der IG Stolberger Hundebesitzer und als aktive Tierschützerin für das persönliche Gespräch beim Bürgermeister. Die Besprechung habe in ihrer Organisation einen positiven Eindruck hinterlassen. Sie zeigt sich optimistisch, dass die Verwaltung die Notwendigkeit erkannt habe, begründete Härtefälle aufzufangen.

An den Bürgermeister richtet sie die Frage, ob eine weitere Hundesteuererhöhung geplant sei.

Hierzu führt Herr Gatzweiler aus, dass die Verwaltung keine diesbezüglichen Absichten habe. Aus dem Rat sei ihm kein entsprechendes Bestreben bekannt.

Frau Möbes überreicht dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste der Stolberger Hundehalter. Sie bittet den Rat um konstruktive Umsetzung der Interessen der Stolberger Hundehalter.

Nachdem keine weitere Wortmeldung vorgebracht wurde, bedankte sich BM Gatzweiler bei den erschienen Hundehaltern.

2. Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:

- a) Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Stolberg;
hier: Umbesetzung im Seniorenbeirat

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, anstelle von Frau Irene Wartensleben nunmehr für die Diakonie als ordentliches Mitglied Frau Gabriele Modigell, Hostetstr. 144, 52223 Stolberg und als deren Stellvertreterin Frau Monika Höhn, Am Holderbusch 39, 52223 Stolberg in den Seniorenbeirat zu entsenden.

- b) Umbesetzung im Integrationsrat

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Kinder- und Jugendhilfeplan 2012:

hier: Frühe Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Stolberg

Beschluss:

- 1) **Der Jugendhilfeausschuss hat die Fortschreibung des Kinder- und Jugendhilfeteilplanes „Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung“ einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2) **Der Jugendhilfeausschuss verweist frühzeitig den Teilplan einstimmig an Hauptausschuss und Rat, da ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 zur Sicherstellung des gesetzlich eingeräumten Rechtsanspruches Betreuungsplätze für Kinder von 0 – 6 Jahren vorgehalten werden müssen und die erforderlichen Haushaltsmittel für die Finanzierung zur Verfügung zu stellen sind. Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat einstimmig, die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.**

4. Neue integrative Kindertagesstätte Am Obersteinfeld;
hier: Abschluss eines Kostenübernahmevertrages mit Caritas-Lebenswelten GmbH

Beschluss:

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses nimmt der Rat die Ausführungen zum Abschluss eines Kostenübernahmevertrages zwischen der Stadt Stolberg und der Caritas-Lebenswelten als Betreiber der integrativen Kindertageseinrichtung Am Obersteinfeld ebenfalls einstimmig zur Kenntnis.

5. Kinderbildungsgesetz - KiBiz;
hier: Auswirkungen Personalbudget in kommunalen Tagesstätten für Kinder für das Kita-Jahr 2012 / 2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Sachdarstellung der Verwaltung zu den Auswirkungen auf das Personalbudget in den kommunalen Kindertagesstätten für das Kita-Jahr 2012/2013 zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses nimmt der Rat die Sachdarstellung ebenfalls einmütig zur Kenntnis.

6. Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen

Beschluss:

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport hat den mündlichen Vortrag der Leiterin der Servicestelle Hospizarbeit (Bildungswerk Aachen), Frau Veronika Schönhofer-Nellessen mit Dank und Anerkennung zur Kenntnis genommen.

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, die Inhalte der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen mitzutragen und die Charta durch die Stadt Stolberg zu unterzeichnen.

7. Entgeltordnung für die Nutzung von städt. Sportanlagen, Mehrzweckhallen, Schulaulen, Schulhöfen und des Theatersaals im Kulturzentrum Frankental

Herr Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat über die modifizierte mehrheitliche Beschlussempfehlung des vorausgegangenen Hauptausschusses und steigt sodann in die Abstimmung ein:

Beschluss:

- 1. Auf jeweils mehrheitliche Empfehlung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport und des Hauptausschusses beschließt der Rat bei zwei Gegenstimmen (LINKE) die Entgeltordnung für die Nutzung von städt. Sportanlagen, Mehrzweckhallen, Schulaulen, Schulhöfen und des Theatersaals im Kulturzentrum Frankentalstraße mit Wirkung zum 01.08.2012**

mit folgender Ergänzung zu beschließen:

- Ausgenommen von dieser Regelung ist die Nutzung der Schulhöfe, sofern diese nicht kommerziell genutzt werden
- Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit oder im Auftrag der Stadt Stolberg durchgeführt werden

8. Schulentwicklungsplanung:

hier: Errichtung einer Sekundarschule und Auflösung der Ganztagschule Kogelshäuserstraße zum Schuljahr 2013 / 2014

Beschluss:

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Schulausschusses und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig wie folgt:

- 1) Die Stadt Stolberg errichtet vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage der aktuellen Schulentwicklungsplanung zum Schuljahr 2013/2014 eine Sekundarschule am Schulstandort Kogelshäuserstraße.
- 2) Die Hauptschule Kogelshäuserstraße wird zum Schuljahr 2013/2014 aufgelöst. Es werden ab diesem Zeitpunkt keine Eingangsklassen mehr gebildet. Die derzeitigen Schüler/innen der Hauptschule Kogelshäuserstraße werden weiter an dieser Schule unterrichtet und dort ihren Abschluss machen.

Da an diesem Schulstandort keine weiteren Eingangsklassen mehr gebildet werden, wird der Schulstandort Kogelshäuserstraße mittelfristig ausschließlich für die neue Sekundarschule zur Verfügung stehen.

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bezirksregierung die erforderlichen schulorganisatorischen Maßnahmen abzustimmen.

9. Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) und 85. Änderung des Flächennutzungsplanes:

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden gem. § 4 BauGB
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB

Für die Bündnisgrünen versagt deren Fraktionsvorsitzender, Dr. Ingermann, die Zustimmung zu A.1.1 bis 1.5. Für seine Fraktion seien die berechtigten Einwände des BUND keineswegs widerlegt. Auch seien aus der Bevölkerung weiterhin erhebliche Beschwerden in Sachen Lärm und Staub an die Grünen herangetragen worden. Er zweifele an, dass die Probleme durch die vorgesehenen Maßnahmen gelöst werden können. Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Einzelabstimmung über die Abwägungsprozesse ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat, wie folgt zu beschließen:

- A.1.1 Die Bedenken des BUND im Hinblick auf die Gefährdung der vorhandenen Galmeifluren sind zurückzuweisen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)
- A.1.2 Die Bedenken des BUND bezüglich der Gefährdung streng geschützter Arten sind aufgrund der erstellten Artenschutzgutachten zurückzuweisen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)
- A.1.3 Die Ausführungen des BUND hinsichtlich der allgemeinen Reduzierung von Bodenversiegelungen werden zur Kenntnis genommen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)
- A.1.4 Die Bedenken des BUND gegen die bestehenden oder weiter entstehenden Lärm- und Staubbelastigungen sind zurückzuweisen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)
- A.1.5 Die Ablehnung des BUND gegenüber der vorliegenden Planung wird zur Kenntnis genommen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)
- A.2.1 Dem Hinweis der StädteRegion Aachen in Bezug auf die Entwässerung wird gefolgt.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig
- A.2.2 Die Bedenken der StädteRegion Aachen bezüglich der Lärmbelastigung werden berücksichtigt. Die Forderung nach einer zusätzlich zu erstellenden Lärmprognose wird zurückgewiesen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.2.3 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der Materialeigenschaft der Böschung wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.2.4 Sämtliche Forderungen der StädteRegion Aachen bzgl. des Landschaftsschutzes werden im Rahmen des betreffenden Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.2.5 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der vertraglichen Regelung der Pflege des 10m breiten Saumstreifens wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.2.6 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der externen Kompensation wurde bereits nachgekommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.3 Der Forderung der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

A.4 Den Forderungen der Feuerwehr bzgl. einer Feuerwehrumfahrt wird im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im Rat: Einstimmig

Sofern den oben genannten Einzelbeschlüssen gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat:

B1. Die 85. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Am Birkenfeld" förmlich zu beschließen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

**Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)**

B2. Den Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) "Am Birkenfeld" als Satzung gem. § 10 (1) BauGB zu beschließen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

**Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)**

- B3. Die Bekanntmachungen der noch zu erfolgenden Genehmigung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes durch die Bezirksregierung Köln sowie des Beschlusses der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) "Am Birkenfeld" durchzuführen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im Rat: 3 Nein-Stimmen (B'90/Grüne)
38 Ja-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, LINKE, RM Emonds, RM Kunkel)

10. Bebauungsplan Nr. 162 "KiTa Josefstraße / Erikaweg":
hier: Aufstellungsbeschluss und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat über die jeweils einstimmige Empfehlung des ASVU und des Hauptausschusses und steigt sodann in die Abstimmung ein:

Beschluss:

A.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat die Ausführungen einmütig zur Kenntnis genommen. Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 162 "KiTa Josefstraße / Erikaweg" zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB.

B.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 162 "KiTa Josefstraße / Erikaweg" einmütig zur Kenntnis genommen. Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB anzuordnen.

11. Offizieller Namenszusatz "Kupferstadt"

Beschluss:

Auf mehrheitliche Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat bei drei Gegenstimmen (FDP), dass die Stadt Stolberg zukünftig den Namenszusatz "Kupferstadt" führen soll. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung zur offiziellen Führung der Bezeichnung "Kupferstadt Stolberg" beim Landesinnenministerium zu beantragen.

12. Änderung des Geschäftsverteilungsplanes

Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat über die Beschlussempfehlung des vorausgegangenen Hauptausschusses und steigt sodann in die Abstimmung ein:

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig den beigefügten geänderten Geschäftsverteilungsplan. Die Änderung tritt zum 01.08.2012 in Kraft.

Nachrichtlich:

Der Geschäftsverteilungsplan ist der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 26.06.2012 als Anlage 2) beigefügt.

13. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln:

hier: Auftragsvergabe zur Prüfung der Optionen zur zukünftigen Ausrichtung des Technischen Betriebsamtes der Stadt Stolberg

Mit Bezug auf seine Ausführungen im vorausgegangenen Hauptausschuss wiederholt der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Prußeit seine ablehnende Haltung zur Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Rat beschließt bei 2 Gegenstimmen (LINKE) bei Produkt 1.11.09.01 "Organisationsangelegenheiten", Aufwandskonto 5431030 "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz, Gerichtskosten" zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 65.246,00 € für das Haushaltsjahr 2012 zwecks Auftragsvergabe zur Prüfung der Optionen zur zukünftigen Ausrichtung des Technischen Betriebsamtes der Stadt Stolberg bereitzustellen.

14. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln:

hier: Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg zum 01.01.2009

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 2.326,00 € bei dem Produkt 1.11.06.01 "Rechnungsprüfung und Beratung" für das Aufwandskonto 5431030 "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz" für das Haushaltsjahr 2011 sowie für das Auszahlungskonto 7431030 "Auszahlungen für Prüfung, Beratung und Rechtsschutz" für das Haushaltsjahr 2012.

15. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.36.03.14 "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5331000 Soziale Leistungen nat. Personen außerhalb von Einrichtungen

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von Mitteln bei Produkt 1.36.03.14 "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5331000 Soziale Leistungen nat. Personen außerhalb v. Einrichtungen in Höhe von 10.000,- € für das Haushaltsjahr 2011.

16. Anpassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Stolberg

Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat über die einstimmige Beschlussempfehlung des vorausgegangenen Hauptausschusses. Des Weiteren teilt er mit, dass die Satzung zum 01.08.2012 in Kraft treten solle.

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig den Erlass der beigefügten neuen Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Stolberg vom 21.06.2000 in der Fassung der 7. Nachtragssatzung.

Nachrichtlich:

Die Satzung ist der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses als Anlage 3) beigefügt.

17. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2012

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig:

Die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten konkret anstehenden Investitionen 2012 werden durchgeführt.

18. Haushaltssanierungsplan der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021

Herr Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat, dass der vorausgegangene Hauptausschuss den TOP ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen habe. Alsdann steigt er in die Diskussion über das umfangreiche Werk ein.

Folgende Reden wurden gehalten:

SPD-Fraktion:	RM Wolf	Anlage 2) zur Niederschrift
CDU-Fraktion:	RM Dr. Grüttemeier	Anlage 3) zur Niederschrift
FDP-Fraktion:	RM Engelhardt	Anlage 4) zur Niederschrift

Der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen, Dr. Ingermann, geht in seinem kurzen Statement darauf ein, dass sich die Lebensqualität für den Einzelnen in den Ortsteilen abspiele. Damit man diese annähernd aufrecht erhalten könne, müsse das offensichtliche Ungleichgewicht beim Steueraufkommen zwischen Bund, Ländern und Kommunen einer gerechteren Verteilung zugeführt werden. Dem heutigen Maßnahmenpaket stimme seine Fraktion zu, verhehle aber nicht, dass es sich dabei allenfalls um punktuelle Maßnahmen handeln könne.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, RM Prußeit, lehnt den Sanierungsplan, in dem er keinen Sinn erkennen könne, ab. So sei u.a. die vorgenommene Zinsreduzierung vermessen und stelle für ihn eine bewusste Augenwischerei dar. Weiter beklagt er mit Vehemenz die fehlende Bereitschaft des Stolberger Rates, Bund und Land im Hinblick auf einen gerechteren Finanzausgleich zu verklagen. Alle eint die Betrachtungsweise, dass die Soziallasten von Bund und Land auf die Kommunen abgewälzt würden und diese unter den finanziellen Belastungen Lasten leiden würden. Mehr als 50% des Stolberger Defizits sei durch die überregionalen Lasten zu verantworten. Es appelliert

an seine Ratskolleginnen und -kollegen, diesbezüglich gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Herr Bürgermeister Gatzweiler bedankt sich bei seinen Fachbereichsleitern und der gesamten Verwaltung, die das vorliegende Werk zusammen mit der Koalition in einen Kraftakt gemeistert hätten. So konnten auch in Pflichtbereichen Einsparungen erzielt werden. Er dankt dem Rat für den sich abzeichnenden Mehrheitsbeschluss zum Einstieg in die Konsolidierung des Stolberger Haushalts. Als einen Glücksfall bezeichnet er die Initiative der Landesregierung, mit dem Stärkungspakt die Abwendung des Finanzkollaps der Gemeinden aufzufangen.

Die 1. stv. Bürgermeisterin, Frau Nießen, erinnert daran, dass in der StädteRegion neben Stolberg auch die Stadt Würselen unter den Stärkungspakt Stadtfinanzen fiel. An der Ratssitzung zur Konsolidierung der Würselener Haushalts habe sie als Zuschauerin teilgenommen. Sie berichtet, dass dort alle Fraktionen Verantwortung übernommen und trotz unterschiedlicher Betrachtungsweise einen einstimmigen Beschluss gefasst hätten. Dieses einmütige Signal des Würselener Rates an die übergeordneten Behörden verdiene hohe Anerkennung. Sie richtet an alle Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitglieder den eindringlichen Appell, dass auch der Stolberger Rat diesbezüglich ein Zeichen setzen möge. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sie heute - obwohl die Vorlage bereits seit annähernd 4 Wochen vorläge - weder vom FDP-Fraktionsvorsitzenden noch vom Fraktionsvorsitzenden der LINKEN konstruktive Sanierungsvorschläge vernommen habe. Alles nur negativ zu behaften, sei der Situation der Stadt nicht angemessen und den berechtigten Interessen der Bürger gegenüber nicht würdig.

In direkter Erwiderung weist der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt darauf hin, dass in Würselen alle Fraktionen in den Beratungsprozess eingebunden waren, was für Stolberg nicht zuträfe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, fragt Herr Bürgermeister Gatzweiler den Rat, ob eine Abstimmung über das Gesamtpaket der 54 Einzelmaßnahmen ohne die unterjährige Anhebung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer oder eine Einzelabstimmung [die Beschlussfassung hierzu erfolgt separat unter TOP A) 19.)] gewünscht sei.

Der Rat spricht sich für ein Votum über das Gesamtpaket aus, so dass Herr BM Gatzweiler zunächst über diese Vorgehensweise abstimmen lässt:

Beschluss:

Im Rat besteht einstimmig Einvernehmen, über den Haushaltssanierungsplan der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021 im Gesamtpaket abzustimmen.

Alsdann steigt Herr Bürgermeister Gatzweiler in die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 1) als Gesamtpaket ein:

Beschluss:

- 1) Der Rat beschließt bei 6 Gegenstimmen (FDP, LINKE, RM Emonds [UWG]) den von der Verwaltung vorgelegten Haushaltssanierungsplan für den Zeitraum 2012 - 2021 auf der Grundlage des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen.**

19. Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer für das Jahr 2012

Herr Bürgermeister Gatzweiler ruft den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage "Haushaltssanierungsplan der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021" zu 2) auf und steigt in die Abstimmung ein:

Beschluss:

- 2) Der Rat beschließt einstimmig, keine weiteren Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer bis zum 30.06.2012 mit Rückwirkung zum 01.01.2012 vorzunehmen.**

20. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln

hier: Abschluss eines Dienstleistungsauftrages im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2009

Herr Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat, dass der vorausgegangene Hauptausschuss die Beschlussempfehlung der Verwaltung mehrheitlich abgelehnt habe. Er stellt den Beschluss alsdann zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1) Auf mehrheitliche Empfehlung des Hauptausschusses lehnt der Rat ebenfalls die Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei Produkt 1.11.13.02 "Haushaltsplanung und -bewirtschaftung", Aufwandskonto 5431030 "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz" in Höhe von 36.500,00 € für das HHJ 2009 zwecks Bildung einer Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2009 gegen die Stimmen des Bürgermeisters und der FDP ab.**
- 2) Auf mehrheitliche Empfehlung des Hauptausschusses lehnt der Rat ebenfalls die Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei Produkt 1.11.13.02 "Haushaltsplanung und -bewirtschaftung", Aufwandskonto 7431030 "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz" in Höhe von 36.500,00 € für das HHJ 2012 gegen die Stimmen des Bürgermeisters und der FDP ab.**
- 3) Auf mehrheitliche Empfehlung des Hauptausschusses lehnt der Rat ebenfalls die Empfehlung an den BVA zum Abschluss eines weiteren Dienstleistungsvertrages (Folgeauftrag) zur Erstellung des Jahresabschlusses der Stadt Stolberg zum 31.12.2009 in Höhe von bis zu 36.500,00 € gegen die Stimmen des Bürgermeisters und der FDP ab.**

21. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

21.1 Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

21.2 Es wurden keine Anfragen aus aktuellem Anlass gestellt.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 20.10 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

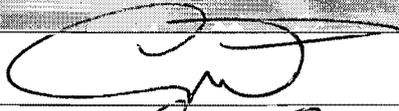
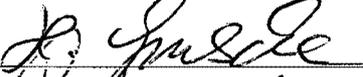
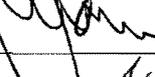
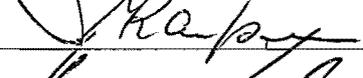
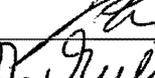
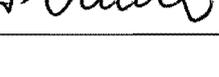
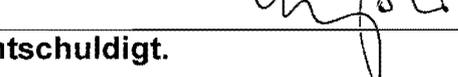
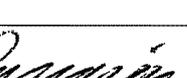
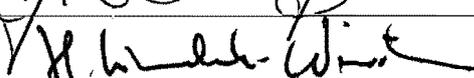
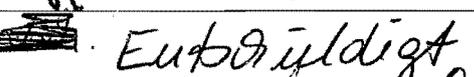
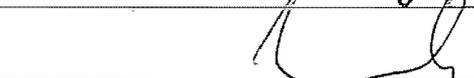
- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden zu TOP A) 18.
- Anlage 3) Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden zu TOP A) 18.
- Anlage 4) Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden zu TOP A) 18.
- Anlage 5) Präsentation zu TOP B) 1.

zur Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Stolberg (Rhld.)

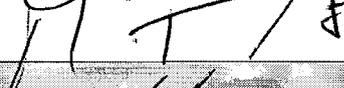
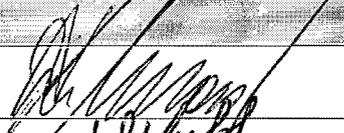
Sitzungskennziffer: XVI / 23
 Tag der Sitzung: Dienstag, 26.06.2012
 Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 18.00 Uhr bis 20.10h

Unterbrechung der Sitzung von Keine bis

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
1	Engels, Rolf	
2	Grosche, Helmut	
3	Haas, Patrick	
4	Hansen, Josef	
5	Jussen, Peter	
6	Kaußen, Paul-Heinz	
7	Kleinlein, Hans	
8	Kohn, Arndt	
9	Müller, Andrea	
10	Nießen, Hildegard	
11	Offermann, Edmund	Entschuldigt.
12	Pompejus, Rolf	
13	Schmitz, Jürgen Michael	
14	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
15	Steg, Hildegard	Entschuldigt Entschuldigt
16	Wolf, Dieter	
17	Zakowski, Hanne	

CDU		
18	Berghausen, Klaus	<i>Berghausen</i>
19	Braun, Heinz-Gerd	<i>Braun H.-G.</i>
20	Creyels, Bernhard	<i>B. Creyels</i>
21	Emonds, Jochen	<i>J. Emonds</i>
22	Grendel, Bernhard	<i>B. Grendel</i>
23	Grüttemeier, Dr. Tim	<i>Grüttemeier</i>
24	Hahn, Ludwig	<i>L. Hahn</i>
25	Kirch, Paul Matthias	<i>P. Kirch</i>
26	Konrads, Adolf	<i>A. Konrad</i>
27	Matheis, Kunibert	<i>K. Matheis</i>
28	Pietz, Siegfried	<i>S. Pietz</i>
29	Siebertz, Hans-Josef	<i>H. Siebertz</i>
30	Thiermann, Fritz	<i>F. Thiermann</i>
31	Wahlen, Karina	<i>K. Wahlen</i>
32	Wirtz, Axel	<i>A. Wirtz</i>
33	Wosch, Sebastian	<i>Wosch Sebastian</i>
FDP		
34	Conrads, Axel	<i>entschieden</i>
35	Engelhardt, Bernhard	<i>B. Engelhardt</i>
36	van-der-Brück, Dr. Ralf	<i>R. van der Brück</i>
37	Wiemann, Dr. Stefan	<i>Wiemann</i>
Grüne		
38	Ingermann, Dr. Fr.-Josef	<i>Ingermann</i>
39	Krings, Katharina	<i>Kath. Krings</i>
40	Küpper, Uschi	<i>U. Küpper</i>

Linke		
41	Jilk, Anita	
42	Prußeit, Mathias	
Fraktionslos		
43	Emonds, Hans	
44	Kunkel, Willibert	
Bürgermeister		
45	Gatzweiler, Ferdi	

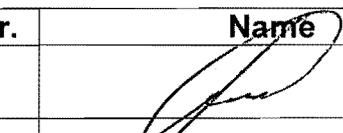
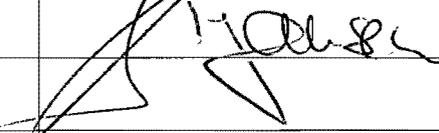
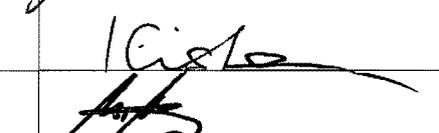
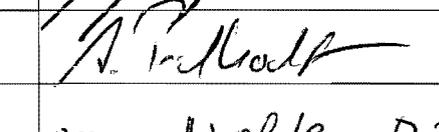
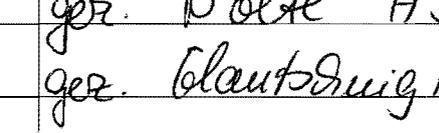
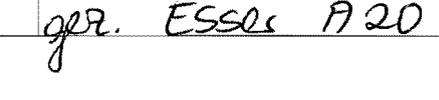
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		10	
2		11	
3		12	
4		13	
5		14	
6		15	
7	ger. Nolte A32	16	ger. Ehring A23
8	ger. Blautschwig A14	17	
9	ger. ESSOC A20	18	78-35 4110

Stellungnahme der SPD Fraktion zum Haushaltssanierungsplan.

Stand 26.06.2012

Mit dem Haushaltssanierungsplan wird ein konstruktiver Dialog der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU mit Bürgermeister und Verwaltung erfolgreich abgeschlossen.

Mit dem heute zur Abstimmung vorgeschlagenen Haushaltssanierungsplan erreichen wir gleich mehrere Ziele, die zu den Markenkernen sozialdemokratischer Politik für unsere Stadt gehören:

Finanzen sanieren – bewährte Strukturen im sozialen, kulturellen, sportlichen und

schulischen Bereich erhalten – Gestaltungsspielräume zurück gewinnen

1. Wir erfüllen die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes und werden bis 2016 mit finanzieller Hilfe des Landes einen ausgeglichenen Haushalt schaffen und dies 2021 ohne weitere Mittel aus dem Stärkungspakt erreichen.
2. Bereits vor 2016 beginnen wir mit dem Schuldenabbau, mit der Perspektive bis 2021 die Kassenkredite zurück zu zahlen und auch die Investitionskredite abzubauen
3. Dies ist nach unserem Plan erreichbar, ohne dass gewachsene und bewährte Strukturen im sozialen, kulturellen, sportlichen und Bildungsbereich zerstört werden
4. Mittelfristig eröffnen sich dadurch wieder Gestaltungsspielräume für die Umsetzung neuer Ideen und Konzepte und die Weiterentwicklung unserer Stadt im 21. Jahrhundert.

Mit diesem Sanierungsplan will die Koalition

unsere Finanzen endlich wieder auf eine gesunde Grundlage stellen ,
Stolberg als liebens- und lebenswerte Stadt erhalten

und neue finanzielle Spielräume zu eröffnen,

damit unsere Stadt die vielfältigen Herausforderungen der nächsten
Jahrzehnte stemmen kann.

Diese Perspektive fällt leider nicht vom Himmel. Sie muss erarbeitet
werden durch nachhaltige Kostendisziplin und leider durch spürbare
Belastungen, die wir unseren Bürgern in den kommenden Jahren
abverlangen müssen.

Städtische Gebäude und Liegenschaften können nicht mehr kostenlos
genutzt werden, Gebühren in vielen Bereichen sind deutlich erhöht
worden, gleiches gilt für kommunale Steuern.

Wir nehmen dabei die Kritik der Betroffenen ernst. Alle Klagen und
Einwände sind nachvollziehbar und verständlich. Sie blenden
allerdings die Zwänge aus, denen Bürgermeister, Rat und Verwaltung
unterliegen:

Ohne glaubwürdige, Vertrauen schaffende Haushaltssanierung stände
unsere Stadt vor dem finanziellen Kollaps: Banken würden uns keine
weiteren Kredite mehr geben, die Landesregierung müsste einen
Staatskommissar nach Stolberg schicken, der die Funktion des Rates
übernehmen würde, der nächsten Generation würden wir einen
Schuldenberg von mehr als 200 Mio. € hinterlassen und ihr jede
Chance nehmen, künftig ihr eigenes Leben in Stolberg zu gestalten.
Wir bitten deshalb um Verständnis, dass das was wir heute
beschließen unausweichlich ist, weil die Alternative die
Zahlungsunfähigkeit, Insolvenz und das Ende der kommunalen
Selbstverwaltung bedeuten würde.

Für die letzte Phase der Beratungen hatten wir die Verwaltung
gebeten, weitere Vorschläge zur Haushaltssanierung vorzulegen, die
von der Koalition ausführlich geprüft, bewertet und letztlich

entschieden wurden. Im Ergebnis wurden die 64 Vorschläge der Verwaltung größtenteils übernommen mit wenigen Ausnahmen.

Der Beschlussvorschlag zum Haushaltssanierungsplan, wie er dem Rat heute zur Entscheidung vorliegt wird ohne weitere Abstriche von der Koalition getragen und wir laden auch die übrigen Fraktionen herzlich ein, mit uns Verantwortung zu übernehmen und dem Beschlussvorschlag ebenfalls zuzustimmen.

Wir wollen mit der zustimmenden Empfehlung aber keineswegs die „heile Welt“ vorgaukeln,

in der die Haushaltsstrukturprobleme dauerhaft gelöst wären. Der Plan, der sich über fast ein Jahrzehnt erstreckt, birgt erhebliche, unübersehbare Risiken.

Sie verstärken sich durch die Volatilität an den Finanzmärkten und die wachsenden Zweifel an der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums.

Im Klartext: Entsprechend den Vorgaben beruht der Plan bei den künftigen Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Beiträgen auf den Orientierungsdaten, die das Land vorgegeben hat.

Diese Daten unterstellen eine langfristig günstige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung. Die Zinsausgaben unterstellen, dass die momentane Niedrigzinsphase für den gesamten Planungszeitraum gilt.

Es wird weiterhin mit einer sinkenden Regionsumlage gerechnet. Sie bedingt aber, dass das Land künftig die Umlageverbände und damit die Städteregion in die Pflicht nimmt, die gleiche Ausgabendisziplin zu üben wie die Kommunen.

Deshalb bekräftigen wir erneut die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, und die Forderung nach einer 50 %igen Übernahme der Soziallasten durch den Bund, wie dies die Fraktionen

von SPD, CDU und Grüne im Landtag beschlossen haben. Wir nehmen selbstverständlich den Bund in die Pflicht, den Kommunen zu helfen ihre Haushalts- und Finanzprobleme zu lösen. Es wäre jedoch verantwortungslos, es nur dabei bewenden zu lassen, ein Paar Briefe nach Düsseldorf und Berlin zuschicken, um weiteres Geld von dort zu fordern und vor Ort die Hände in den Schoß zu legen, um sich vor erforderlichen, schmerzhaften Entscheidungen zu drücken. Wir erwarten eine zügige Umsetzung der Zusagen der Bundesregierung vom Wochenende im Zusammenhang mit der Zustimmung der Länder zum Fiskalpakt, insbesondere die Übernahme der Eingliederungshilfen für Behinderte und der weiteren finanziellen Hilfen bei Schaffung und Betrieb von Kindertagesstätten.

Unsere Stadt steht vor der größten Herausforderung der letzten Jahrzehnte, mit einem Kraftakt - unter Mithilfe des Landes - ein Maßnahmenpaket umzusetzen, um der Schuldenfalle zu entkommen und Gestaltungsspielräume zurück zu gewinnen. Mit den heutigen Beschlüssen ist die Arbeit keineswegs erledigt, sondern dass was wir heute beschließen, muss in den nächsten Wochen und Monaten zügig umgesetzt werden.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU nehmen wir diese schwierige Aufgabe an und laden alle Verantwortlichen ein, diesen unvermeidlichen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Am 26.06.12)

Rede zum Stärkungspakt am 26.06.2012

CDU-Fraktion

Dr. Tim Grüttemeier

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

im September vergangenen Jahres kommentierte die Lokalpresse:
„Wenn ein Schiff in hoher See auf die Klippen zusteuert, legt sich
normalerweise die Besatzung gemeinsam kräftig in die Riemen, um
ein Auflaufen zu vermeiden“.

Dieses Zitat fiel im Zusammenhang mit der langwierigen Aufstellung
der Eröffnungsbilanz, gilt aber umso mehr für die Beratungen zum
Stärkungspakt.

Die Stadt Stolberg bewegt sich nachwievor finanziell in rauen
Gewässern.

Umso wichtiger ist es, dass wir politisch nah beieinander stehen, um gemeinsam Wege aus der Krise zu finden und den richtigen Kurs für Stolberg zu finden.

Es geht bei der Haushaltskonsolidierung um nicht weniger als die Zukunft und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Platz für politische Eitelkeiten darf es einem solchen Punkt nicht mehr geben.

II.

Den Städten und Gemeinden wird in Nordrhein-Westfalen nach wie vor finanziell zu viel zugemutet. Eine Entlastung findet nur unzureichend statt. Dies gilt für Bund, Land, Landschaftsverband und Städteregion, unabhängig von jedweder politischen Farbenlehre, gleichermaßen.

Der vom nordrhein-westfälischen Landtag am 08. Dezember 2011 beschlossene Stärkungspakt ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber auch nicht das Ende der finanziellen Probleme der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Fakt ist, dass unsere Stadt eine von 34 Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist, die akut von der drohenden Überschuldung betroffen sind.

Die Hilfe, die uns das Land NRW schrittweise bis zum Jahr 2021 zuteil werden lässt, soll und darf nicht ohne Gegenleistung bleiben. Es handelt sich bei den zusätzlichen Millionen aus Düsseldorf um eine Finanzspritze, die wir nur erhalten, wenn wir unsererseits strenge Auflagen erfüllen. Das Land NRW verteilt mit dem Stärkungspakt keine Geschenke, sondern macht uns konkrete und harte Vorgaben, die es zu erfüllen gilt.

III.

Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv mit unserem Koalitionspartner und der Verwaltung über die verschiedensten Maßnahmen gesprochen, die hier in Stolberg ergriffen werden können, um die Auflagen des Landes zu erfüllen und die dringend benötigten finanziellen Hilfen zu sichern.

Wir haben gemeinsam nach intensiven Beratungen ein Paket geschnürt, das mehr als 60 konkrete Sparmaßnahmen beinhaltet. Wir haben die Einnahmen- und die Ausgabenseite gleichermaßen auf den Prüfstand gestellt. Das heute zur Abstimmung stehende Paket beinhaltet daher zu etwa 1/3 Einnahmeverbesserungen und zu 2/3 Ausgabenkürzungen.

Angesichts der prekären Finanzlage war uns klar, dass es nur wenige Tabus beim Sparen geben darf.

Die durch die Maßnahmen entstehenden Einschnitte sind stellenweise tief und schmerzhaft. Einen Beliebtheitswettbewerb gewinnt man so nicht. Das wissen wir. Aber darum darf es in unserer Haushaltslage auch nicht gehen.

Wir stellen uns der Verantwortung, die wir im Rahmen der großen Koalition übernommen haben und führen den Weg fort, den wir bereits bei den Haushaltsbeschlüssen im Dezember letzten Jahres eingeschlagen haben.

Dazu gehört bewusstes und nachhaltiges Wirtschaften und die Konsolidierung der städtischen Finanzen ohne die gewachsenen und wichtigen gesellschaftlichen Strukturen in unserer Stadt zu zerstören.

Wir werden die Stadt Stolberg nicht tot sparen, sondern ihr helfen, wieder alleine laufen zu lernen.

IV.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Stärkungspakt beinhaltet eine Haushaltsplanung für die kommenden zehn Jahre.

Diese enthält daher zwingend eine Vielzahl von Prognosen. Niemand weiß, wie hoch die Gewerbesteuerereinnahmen 2017 oder die Zinssätze 2019 sein werden.

Die verlässlichste Quelle für die notwendigen Berechnungen sind die Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen, die der heute zu beratenden Vorlage zu Grunde liegen.

Diese Zahlen sind sicherlich sehr optimistisch.

Wir hätten es uns daher bei unseren Beratungen sehr einfach machen können. Wenn man die Orientierungsdaten hochrechnet, konsolidiert sich der Haushalt der Stadt Stolberg bis 2021 fast von alleine.

Niemand in unserer Koalition glaubt allerdings, dass die Prognose des Landes Nordrhein-Westfalen exakt so eintreten wird. Die Verschuldung der Stadt Stolberg wird sich nicht bis 2021 um über 150 Millionen Euro verringern und es werden auch keine Haushaltsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr erwirtschaftet werden.

Wir haben uns daher bewusst für die ca. 60 Konsolidierungsmaßnahmen entschieden.

Das Ziel muss es sein, den Stärkungspakt zu erfüllen und mit Hilfe der Landesmittel bis 2016 im Haushalt wieder eine schwarze Null zu schreiben. Bis 2021 schaffen wir es dann ganz ohne Landeshilfen.

Das ist die Pflicht, alles darüber hinaus ist die Kür.

Wenn sich die positiven Orientierungsdaten bewahrheiten, dann erreichen wir diese Ziele schon früher.

Aber auch dann bleibt es dabei, dass die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität ist und nicht die Zeit derjenigen gekommen ist, die wieder anfangen Millionen zu verplanen und Luftschlösser zu bauen.

Jeder etwaige Überschuss im städtischen Haushalt dient zuerst zum Abbau der Schulden!

V.

Der Stärkungspakt stellt uns vor große Herausforderungen und wird in den nächsten fast 10 Jahren das politische Handeln in unserer Stadt bestimmen.

Wir haben mit den Beschlüssen zum Haushalt 2012/2013 und mit den heute erfolgenden Beschlüssen zum Stärkungspakt wieder das Ruder in die Hand genommen, um den Haushalt unserer Stadt zu sanieren.

Ich bitte daher alle Ratskollegen sich Ihrer Verantwortung zu stellen und dem von Verwaltung, SPD und CDU erarbeiteten Konzept zuzustimmen.

Abschließend gilt mein Dank der gesamten Verwaltung für ihre Arbeiten zum Stärkungspakt und unserem Koalitionspartner SPD für die intensiven, aber stets sachlichen Diskussionen, deren Ergebnis wir heute beraten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

FDP- FRAKTION
IM RAT DER STADT
STOLBERG
BERNHARD ENGELHARDT
FRAKTIONSVORSITZENDER

REDE ZUM
HAUSHALTS-
SANIERUNGSPLAN

vom 26.06.2012
zum Sanierungsplan 2012/2021

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren, verehrte Gäste

heute sind wir hier, mit dem Versuch, unsere Stadt wieder auf finanziell gesunde „Füße“ zu stellen.

Die Betonung liegt hier auf - VERSUCH -.

Mit dem jetzt vorliegenden Papier wird es wohl auch beim Versuch bleiben.

Einige Gründe werde ich ihnen aufzeigen.

Bereits im Vorfeld der Erstellung des Haushaltssanierungsplanes haben die nicht an der Koalition beteiligten Parteien eine Zusammenarbeit angeboten .

Sie meine Damen und Herren von SPD und CDU haben es noch nicht einmal für nötig gehalten darauf zu reagieren.

Aber sei es drum, jetzt zur Vorlage.

Bereits in der Einführung der Vorlage - Seiten 1 + 2 – stellt man bereits klar, dass alles was nun folgt reine Spekulation ist.

- Rückgriff auf Orientierungsdaten des Landes
- 10 Jahre kontinuierliche, starke Steigerungen der Wirtschaftsleistungen
- Entsprechende Mehreinnahmen

Toll !

Das alles nach dem Motto:

Was nicht passt wird passend gemacht.

Wunschdenken!

Aber nicht nur das Land NRW verfügt scheinbar über hellseherische Fähigkeiten – auch die im Rat vertretenen Mehrheitsfraktionen von SPD und CDU scheinen hier besonders gesegnet zu sein.

Beispiel:

Die Zinsentwicklung für Investitionskredite wird von

3,5% auf 2%

abgesenkt.

Für Kassenkredite von

2 % auf 0,5 %

abgesenkt.

Diese Senkungen werden in der Vorlage auf 10 Jahre festgeschrieben und als eine der Grundlagen für die Entschuldung der Stadt vorausgesetzt.

Seriös sieht anders aus.

Würde man diese Festlegung auf 2 – 3 Jahre treffen, könnten wir als FDP das ja noch akzeptieren aber auf 10 Jahre - **Nein.**

Desweiteren geht die Koalition von einer Aufwands-, Auszahlungsdisziplin der Umlagebehörden aus, also von StädteRegion und Landschaftsverband.

Hier kann man einen häufig angewandten Spruch unseres Bürgermeisters zitieren:

Wer das glaubt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten

Zur Erinnerung - Der Haushalt der StädteRegion wird im Moment teilweise aus der Rücklage bestritten. Die ist jedoch fast aufgebraucht.

Fazit: Die Umlage wird, selbst bei nicht steigenden Haushaltsansätzen, höher ausfallen als jetzt - Mehrkosten für Stolberg ca. 2 – 3 Millionen € pro Jahr.

Aber jetzt zu einigen Zahlen, die die Systematik dieses Sanierungsplanes aufzeigen. Die Entschuldung setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Zahlen zusammen:

Gelder Stärkungspakt 46,4 Millionen

Steuern und ähnliche Abgaben ca. 227,0 Millionen auf der Basis 2011.

Einsparungen aus Zinssenkungen ca. 23 Millionen

Gesamt ca. 296,4 Millionen €.

Hier sieht man, es geht nicht um Ausgabenverringerungen sondern um Einnahmeerhöhungen - **also Steuern.**

Auch lassen die Zahlen erkennen das für nächstes Jahr bereits eine Steuererhöhung vorgesehen ist da der Sprung bei den Einnahmen noch einmal deutlich höher ist als in den Folgejahren.

Lässt man sich diese Zahlen auf der Zunge zergehen ist es auch nicht verwunderlich das auf 131 Seiten Vorlage - die wie Oben ausgeführt - aus drei Zahlen besteht der Rest nur Nebelkerzen sind um das „Abzocken“ der Bürger zu verschleiern.

Noch ein Indiz für diese Feststellung ist der Umstand, dass die Fußballvereineren Verträge 2014/2015 auslaufen - nicht mit eingerechnet wurden, ja nicht einmal erwähnt werden.

Hier sieht man auf was man sich bei der Erstellung dieses sogenannten Sanierungsplanes konzentriert hat.

Da fallen so kleine Beträge hinten über.

Meine Damen und Herren der CDU, ich kann mich noch an einen Wahlslogan der CDU erinnern der lautete

Freiheit statt Sozialismus

Von der Freiheit scheinen sie sich verabschiedet zu haben und von der politischen Mitte und den Bürgern wohl auch.

Alleine Prüfaufträge, mit ungewissem Ausgang (z.B. TBA / Aussagen eines SPD Ratsherren in der BVA – Sitzung – Ergebnis egal – privatisiert wird nicht) , zu vergeben sollten sie sich besinnen und mit ehrlichen und belastbaren Zahlen arbeiten, dann haben wir vielleicht eine Möglichkeit den Haushalt in Ordnung zu bringen.

Sollte der Sanierungsplan genehmigt werden, wo ich von ausgehe – da die Landesregierung mit ihrem Finanzminister ja ähnliche Luftnummern erarbeitet und das Haushalt nennt, ist das Augenwischerei und – wenn sie tatsächlich daran Glauben – Selbstbetrug.

Meine Damen und Herren der großen Koalition

Diese Vorlage ist das Papier nicht wert auf dem es Geschrieben ist und nicht dazu geeignet die Probleme des Haushaltes zu lösen.

Ganz im Gegenteil.

Hier wird vorgegaukelt alles passt und wir schaffen das.

Meine Damen und Herren ich will bei Gott nicht unken, aber 10 Jahre sind eine lange Zeit und die jetzt recht positive Situation wird so nicht bleiben.

595 Punkte Gewerbesteuer lassen mit Sicherheit die noch vorhandene Industrie nicht jubeln auch kleine und mittlere Unternehmen sind nicht begeistert.

Bei einer Ansiedlungsentscheidung wird man sich gut überlegen ob man diese in Stolberg tätigt.

Auch der Häuslebauer wird bei einer Grundsteuer B von 595 Punkten überlegen wo er baut.

Aber vielleicht kann man ja damit punkten das Stolberg in einigen Jahren Hunde Freie Zone ist.

Die FDP-Fraktion wird dieser Vorlage nicht zustimmen.